

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verantwortlich: Redaktions-Direktor  
Verlagsnummer: 10241  
Für die Rechtsgeschäfte: Nr. 10011  
Schlüsselnummer: Hauptgeschäftsbüro:  
Dresden - A. 1, Marienstraße 20/22

Bezugspreis vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweifacher Auslieferung frei Haus 1.70 RM.  
Wochenzugpreis für Monat Februar 5.40 RM. einchl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren).  
Einzelnnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach  
Goldmark berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Werbeanzeige  
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung

Dred u. Verlag: Siegfried & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1066 Dresden  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung  
(Dresden, Nachdr. zulässig.) Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

**Drucksachen für Handel und Gewerbe**  
in moderner Ausführung erhalten Sie durch die  
**Graph. Kunstanstalt Liepsch & Reichardt**  
Markenstraße 30/42 - Fernruf-Sammlnummer 25241

**KONDITOREI**  
**Limberg**  
Prager Straße 10

**Delikate**  
**Pfannkuchen**  
mit diversen Füllungen  
**Teegebäck** in großer Auswahl

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im **Fachgeschäft!**  
**Chr. Garms** Inh. W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13  
Fernspr. 10292 Nähe Postplatz  
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gasherde  
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

## Kommunistenterror in den Opel-Werken

Wilder Streik - Betriebsrat und Arbeiter mit dem Messer bedroht - Preussische Grenze gesperrt

### 600 Rotfrontleute besetzen den Betrieb

Darmstadt, 12. Febr. In den Opelwerken waren gestern drei kommunistische Mitglieder des Betriebsrates entlassen worden, da sie während der Arbeitszeit die Arbeiterschaft durch Versammlungen zur Niederlegung ihrer Tätigkeit aufzuspannen versuchten. Heute vormittag erschienen auf Lastautomobilen, Motorrädern und zu Fuß etwa

200 auswärtige Kommunisten in den Werken, denen sich etwa 400 kommunistische Arbeiter der Opelwerke anschlossen.

Unter den Eindringlingen befanden sich der preussische Landtagsabgeordnete Oskar Müller und der hessische Landtagsabgeordnete Sumpf. Die Arbeiter wurden mit Gewalt von der Arbeit abgehalten, teilweise wurden sie auch mißhandelt. Die Eindringlinge versuchten, die Dampfessel und Maschinenanlagen stillzulegen.

Der gesamte Betriebsrat wurde tödlich bedroht.

Der nichtkommunistische Betriebsratsvorsitzende, dessen Ablehnung die Demonstrationen verlangten, wurde von einem Kommunisten mit einem Dolchmesser angegriffen. Um 1 Uhr trafen 200 Mann Schutzpolizei aus Darmstadt ein, die die Fabrik umstellten und bisher acht Führer der Rotfront verhafteten, darunter die beiden Abgeordneten.

Die Lage wurde besonders kritisch durch den Umstand, daß am heutigen Tage Lohnzahlung war und über 100 000 Mark ausgezahlt werden mußten. Die Lohnzahlung ging dann unter dem Schutze der Polizeikräfte vor sich. Der Einsatz der Darmstädter Polizei war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da die Opelwerke im besetzten Gebiet liegen und erst die Genehmigung der zuständigen Befehlshaberstellen eingeholt werden mußte.

Die preussische Polizei sperrte die preussische Grenze in der Richtung Wiesbaden-Frankfurt am Main.

Verhandlungen wegen Wiedereinstellung der drei entlassenen Arbeiter wurden von den Opelwerken abgelehnt. Die Werke stehen auf dem Standpunkt, daß es unverantwortlich wäre, die kommunistischen Agitatoren, die man zu entlassen gezwungen war, wieder einzustellen. Die übrigen 200 Streikenden haben bisher die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

Bei Betriebsstillstand in den Opelwerken war heute abend wieder völlige Ruhe eingetreten. Die Arbeiter verließen in voller Ordnung die Fabrik. Die eingesehten Polizeikräfte wurden zurückgezogen.

Im Zusammenhange mit diesem Vorfall ist noch von Interesse, daß sich seit einigen Tagen

Instrukteure russischer Klassenkampforganisationen in Deutschland aufhalten, um die Wehrhaftmachung des weiblichen Jungproletariats Deutschlands zu organisieren. Die Richtlinien nach denen die weiblichen Schützengarden der

### Aussprache über den Tributplan im Reichstag siehe Seite 2

RPD. mit der Waffe ausgebildet werden, klammern mit den von der russischen Räteregierung herausgegebenen vollkommen überein. Unter dem Titel:

„Mädchenstasfen! Vorwärts, marsch!“

berichtet das Mitteilungsblatt der roten antisemitischen „Jungen Garde Berlin“ hierüber Näheres. Als wichtigste Aufgabe dieser Bürgerkriegsgarde wird bezeichnet der Kampf um die Gewinnung der männlichen und weiblichen jungen Arbeiterschaft zu ihrer Wehrhaftmachung. In den Ausführungen des genannten Blattes heißt es u. a. noch: „Wir sind die erste Wehrorganisation, die gemeinsam weibliche und männliche Jungarbeiter zusammenschließt und diese zur proletarischen Wehrhaftmachung erzieht.“

In welcher Form sich die Mitglieder dieser „Garde“ betätigen sollen, geht aus einem Aufruf hervor, in dem es heißt: „Wir gehen zum Angriff über.“

schlägt die Rotfronten, wo ihr sie trifft,

wir werden das rote Berlin reinlegen.“ Auf einem sogenannten Kampfmeeeting, das vor einigen Tagen in Berlin-Neufeld stattfand, wurden 1000 Mann dieser roten Garde von dem Bolschewistenhäuptling Thälmann vereidigt mit dem

Gelöbniß, „die endgültige Vernichtung der Bourgeoisie durch die proletarische Revolution vorzubereiten.“

Selbst wenn man annimmt, daß es sich bei der Besetzung der Opelwerke nur um einen Einzelfall handelt, werden alle bürgerlichen Gruppen gut tun, so eng wie möglich zusammenzurücken, um keinesfalls der Linien in den einzelnen deutschen Ländern die Möglichkeit zu geben, ihre arbeitende Arbeit auch von der Stelle der Staatsführung und Verwaltung aus zu besorgen.

### Befriedungs- oder Verräteramnestie?

Der Reichstag setzt sich gegenwärtig in heftigen Debatten mit dem umfangreichen Vertragswerk der Haager Abmachungen auseinander. Unter diesen Abmachungen befindet sich auch eine Amnestierungvereinbarung, in der die Befehlsmächte und Deutschland sich gegenseitig verpflichten, im Zusammenhang mit der Räumung der Rheinlande Straffreiheit für alle Straftaten zu gewähren, die auf beiden Seiten im Zusammenhang mit der Besetzung begangen worden sind. Diese Amnestie soll, wie das Abkommen betont, „in weitem Maße dem Geiste der Versöhnlichkeit und Befriedung Rechnung tragen“. Sie ist auf ähnlichen Grundfragen aufgebaut, wie die Amnestie von 1924, die anlässlich der Annahme des Dawespaaßes in London vereinbart wurde. In ihr wurden aber nicht nur von Deutschland auf Wunsch Frankreichs die rheinischen Separatisten außer Strafverfolgung gesetzt, sondern auch von Frankreich mehr als 300 deutsche Ruhrkämpfer aus den Gefängnissen der Befehlsmächte entlassen. Seit London hatten sich die Verhältnisse im Rheinland aber bedeutend friedlicher gestaltet. Deshalb kommt diese Amnestie in erster Linie jenen deutschen Elementen zugute, die, im Dienste Frankreichs stehend, den gegnerischen Befehlsmächten Vorschub geleistet haben. Sie ist also in erster Linie eine ausgesprochene Verräteramnestie. Nur das Nutzenverhältnis zwischen Deutschland und der Gegenseite wird dadurch bereinigt. Nicht amnestiert werden aber diejenigen Deutschen, die in jener unruhigen Zeit von 1918 bis 1923, namentlich im Ruhrkampf, im Zusammenhang mit der Besetzung die deutschen Belange vertreteten und dabei gegen das formelle Recht verstießen. Insbesondere werden also gerade jene staatsstreuen Bürger, die in der höchsten Not des Staates gegen Verräter und Separatisten kämpften und sich dabei eines Tötungsversuchs oder der schweren Körperverletzung ohne jedes private Interesse schuldig machten, von Strafe nicht befreit. In dem Haager Amnestieabkommen sind nun zwar ebenfalls Tötungsversuche, die ein Separatist oder ein Verräter an deutschen Bürgern begangen hat, nicht einbezogen, wohl aber versuchte Tötungsversuche. Diese Abmachung trägt jedoch nur formellen Charakter. Denn in einem Zusatzprotokoll zwischen Deutschland und Frankreich wurde festgesetzt, daß auch die im Amnestieabkommen nicht erfaßten Straffälle, d. h. die vollendeten Tötungsversuche, im Wege der Verständigung beigelegt werden sollen. Also auch diejenigen Separatisten, die sich eines Mordes an einem staatsstreuen Deutschen schuldig gemacht haben, müssen von uns auf den Wunsch Frankreichs begnadigt werden. Charakteristisch für diese Regelung ist der Fall des Separatisten Helfrich, der im Jahre 1925, also nach der Londoner Amnestie, einen staatsstreuen Deutschen niederschloß und der von uns auf den Wunsch Frankreichs bereits vor dem Haager Abkommen auf freien Fuß gesetzt worden ist. Dieser Präzedenzfall läßt wohl deutlich erkennen, daß auch alle restlichen Tötungsversuche von separatistischer Seite im Wege der Einzelverhandlungen eine Regelung im Sinne der Begnadigung finden werden. Es ist nun umgekehrt ein unerträglich Zustand, daß diejenigen Deutschen, die in Abwehr der Separatisten und Verräter eines dieser Elemente getötet oder ihm eine schwere Körperverletzung beigebracht haben und damit dem Buchstaben des Gesetzes zuwiderhandelt, weiterhin der Strafverfolgung ausgesetzt sind oder, wie die „Semetäter“, weiterhin im Gefängnis sitzen

## 2,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger

### Späte Frühjahrserntenspannung zu befürchten

Berlin, 12. Febr. Die Arbeitslosigkeit hat auch in der Berichtswochen ihren winterlichen Höhepunkt noch nicht überschritten. Die Kurve der Hauptunterstützungsempfänger, die Ende Oktober schon mit 890 000 sehr hoch einlebte, dann von Ende Dezember schneller anstieg, zwischen dem 1. und 31. Dezember, ihrer tiefsten Phase, allein um 340 000 emporschnellte, jenseit seit Beginn des Jahres immer weiter, wenn auch Woche um Woche langsamer anwuchs, ist auch in der Berichtswochen vom 8. bis 8. Februar

noch um 50 000 gestiegen.

Sie dürfte nach den Meldungen des Landesamtes am 6. Februar dicht bei 2 200 000 liegen. Zu dieser Zahl unterstützter Arbeitsloser kommen noch rund 250 000 Kräfteunterstützte, so daß rund 2,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger in die erste Februarwoche — unberechnet der Fluktuation innerhalb dieses Massenandranges und die übrigen Arbeitsuchenden — den deutschen Arbeitsmarkt belasten.

An dieser großen Arbeitslosigkeit sind die Frauenberufe n.: mehr als der Hälfte beteiligt. Die Entlassungen

sind auch in der Berichtswochen noch nicht zum Stillstand gekommen. Da die Bauarbeiten nicht durch eine plötzliche heftige und anhaltende Frostperiode abgebrochen wurden, folgten die Entlassungen mehr dem jeweiligen

Abschluß der Bauvorhaben und laufen mit dem Abklingen der Restarbeiten jetzt noch aus. Die Zurückhaltung in der Aufnahme neuer Bauprojekte, in der Auftragserteilung an die Baustoffindustrie bleibt an. Sie gibt zu ersten Besorgnissen über Zeitpunkt und Grad der Frühjahrserntenspannung allen Anlaß.

### Dr. Dürr fährt nach Amerika

Berlin, 12. Febr. Mit dem Sapagadampfer „Samburg“, der nach seinem Umbau am 14. Februar seine erste Ausreise nach New York antritt, fährt u. a. auch der Chefkonstrukteur des Luftschiffbaues Zeppelin, Dr. Dürr, nach Amerika, und zwar in erster Linie, um die im Bau befindlichen amerikanischen Zeppeline zu besichtigen. Mit ihm reist Direktor Doll von der ebenfalls zum Zeppelinkonzern gehörenden Zahnradfabrik Friedrichshafen.

Heute:  
**Literarische Umschau**  
(Seite 9)